

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band IV

Vom souveränen Deutschen Reich zur fremdbestimmten Kolonie der USA

Die US-Kolonie Bundesrepublik Deutschland

Band IV/032

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur DDR 2.0 von 1990-2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung, Teil 8

Fragen und Antworten zur unfreien BRD/DDR 2.0 (1990 bis 2020):

11. Weshalb mußte die staatlich angeordnete Energiewende zwangsläufig die deutsche Energiewirtschaft zerstören?

Die Forderung nach rationeller Energieerzeugung bestimmte schon seit den 1920er Jahren jede deutsche Elektrizitätspolitik, denn der Strom sollte überall verfügbar sein und preisgünstig angeboten werden.

In allen Teilen Deutschlands ermöglichten später Staatsunternehmen in den städtischen Regionen und den ländlichen Gebieten den Aufbau einer flächendeckenden Stromversorgung um eine eventuelle Industrialisierung und Wohlstandsentwicklung sowie Chancengleichheit auch für das flache Land zu gewährleisten.

Seit den 1960er Jahren wurden in Deutschland entscheidende Schritte zur Privatisierung der Energiewirtschaft unternommen. 1965 privatisierte der Bundesrepublik Deutschland die Mehrheit der VEBA-Kapitalanteile.

1983 und 1987 folgten weitere Privatisierungen. In dieser Zeit wurde auch die VIAG privatisiert. Im Jahr 1988 verkaufte die Bundesrepublik Deutschland schließlich seine letzten Aktien. VEBA und VIAG wurden danach in den Deutschen Aktienindex (DAX) aufgenommen.

Die deutschen Energieversorgungsunternehmen zeichneten sich auch nach der vollständigen Privatisierung nicht durch überhöhte Strompreise aus. Sie verzichteten zu Gunsten der Wirtschaft und auch im nationalen Interesse auf überzogene Profite.

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die deutschen Energieversorgungsunternehmen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt. In Deutschland gab es pro Jahr nur durchschnittliche Ausfallraten von nur 12 Minuten.

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich schließlich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulin berichtete später über "die 68er
Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...): >>... 1. Die 68er

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportuni-

sten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irreführenden Idealisten wurde von unseren anglo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randalen zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat. Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassten sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich - das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. ...<<

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energie- wende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerneht derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Juni 2011: >>**Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt**

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushi-

ma bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampfthema wird damit im breiten Konsens befriedet. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Mai 2012 (x887/...):
>>**Von der Energiewende zum Stromkollaps**

Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung – Keine Vorsorge für Notfälle

Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, daß mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsen Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko – das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.

... Der ungebremsen Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030.

Die Folge: Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600.000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so daß der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem "gewaltigen Umverteilungsprogramm" von unten nach oben warnt. Daß der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.

Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten "Blackout". Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter.

Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.

Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. ... Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.

... In einer Studie des Netzbetreibers "Swissgrid" wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber "Austrian Power

Grid" geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird. ...

Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschäftigt:

"Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern", lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Juni 2014 (x887/...):
>>**Ohne Sinn und Verstand**

Der grüne Blackout. Warum die Energiewende nicht funktionieren kann", so der Titel des Buches vom "Focus-Redakteur" Alexander Wendt ...

Wendt stellte sich zu Beginn seiner Recherchen die Frage, welche Ziele bisher mit der Energiewende erreicht wurden, und kam zu einem traurigen Ergebnis. Weder wurde der Kohlendioxidausstoß wie angestrebt reduziert, statt dessen wurde er sogar wegen Fehlanreizen beim EEG erhöht, noch entstanden Millionen grüne Jobs. Zudem verloren unzählige Investoren ihr Geld bei Ökoenergieanlagen.

"Ist es möglich, daß dieses rationale Volk Jahr für Jahr Milliarden in einen planwirtschaftlichen Umbau der Energiewirtschaft pumpt, obwohl die Maßnahmen fast alle selbst gesetzten Ziele verfehlen", fragt er so in seinem Vorwort.

Anhand zahlreicher Beispiele führt der Autor an, daß sich nahezu alle Voraussagen zu Kosten, Tempo und Folgen des Energieumbaus als falsch erwiesen haben. ... So erhielt die Grünstrombranche 2013 über 20 Milliarden Euro für Strom, der an der Strombörse jedoch nur einen Wert von 2,5 Milliarden Euro hatte, der Rest kam aus der EEG-Umlage. Wobei der Teil des Stroms, der von den überforderten Netzen nicht aufgenommen werden konnte, trotzdem vergütet werden mußte.

... Auch erstaunt es ihn immer wieder, daß Windparks in Gegenden entstünden, wo kaum Wind wehe, Hauptsache sie erhöhten das Prestige der örtlichen Politiker.

... Auch stellt er die richtigen Fragen. So sei die Energiewende, nur weil es Tage gibt, an denen Deutschlands Stromverbrauch fast vollständig aus Erneuerbaren gedeckt wird, noch lange kein Erfolg. Schließlich sei bis jetzt nicht nachhaltig gelöst, was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, und zudem sei das Thema Wirtschaftlichkeit völlig außer Acht gelassen worden.

Und wer profitiert nun überhaupt von der Energiewende, wenn selbst die Betreiber trotz Subventionen immer öfter Verluste machen? ...<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 24. August 2016 über die Folgen von flächendeckenden Stromausfällen: >>**Flächendeckender Stromausfall wäre nationale Katastrophe mit vielen Toten**

Was passiert, wenn infolge eines Terrorangriffs, einer Extremwetterlage oder menschlichen Versagens in einem größeren Gebiet in Deutschland für längere Zeit der Strom ausfällt? Experten haben das für den Bundestag untersucht.

Ihr Ergebnis ist erschreckend: Die Folgen kämen einer nationalen Katastrophe gleich, heißt es in einem Bericht für den Bundestag. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seien auf einen sol-

chen Fall nicht vorbereitet, das notwendige Bewußtsein für die Gefahr bestehe in Deutschland nicht.

Der Bericht liest sich wie die Vorlage für einen Katastrophen-Thriller aus Hollywood. Doch er zeigt die realistische Gefahr auf, was passiert, wenn es zum großen Blackout kommt. Die Forscher des "Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag" (TAB) gehen von einem Szenario aus, nach dem in mehreren Bundesländern über einen Zeitraum von zwei Wochen der Strom ausfallen würde. Die ersten Folgen würden sich schon unmittelbar danach zeigen.

Nach zwei Wochen würde es viele Tote und Verletzte geben, Krankheiten hätten sich ausgebreitet, die öffentliche Ordnung, die Kommunikation, der Verkehr, der Transport, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen wären weitgehend oder vollständig zusammengebrochen. In einem hochentwickelten, hochtechnologisierten, eng verflochtenen Land wie Deutschland wäre ein "Kollaps der gesamten Gesellschaft ... kaum zu verhindern", heißt es in dem Bericht. ...

1. Informationstechnik und Telekommunikation: Die Folgen wären dramatisch

Bei den Festnetzgeräten fielen sofort die digitalen Endgeräte und die Anschlüsse der Teilnehmer aus, danach die Ortsvermittlungsstellen – Telefonieren über das Festnetz wäre also praktisch sofort nicht mehr möglich. Smartphones würden zwar einige Tage durchhalten, wenn sie aufgeladen waren und stromsparend benutzt würden. ...

So müßten die Behörden auf das gute alte Radio zurückgreifen, wenn sie sich an die Bevölkerung richten wollten. Auch das klappt allerdings nur, wenn die Geräte mit Batterie oder Akkus betrieben sind. ...

2. Transport und Verkehr: Chaotische Zustände

Die Folgen eines Stromausfalls träten im Transportbereich und beim Verkehr abrupt auf und seien massiv, so der Bericht. Es kommt vor allem in Großstädten zu zahlreichen Unfällen, weil beispielsweise die Ampeln vollständig ausfallen.

Die Folge: chaotische Zustände. Züge, S-Bahnen, Straßenbahnen und U-Bahnen blieben liegen, Menschen könnten darin eingeschlossen sein.

Tankstellen müßten ihren Betrieb einstellen, so daß nicht nur die Privatwagen irgendwann stehen blieben, sondern auch die Treibstoffreserven für Kranken- und Feuerwehrwagen aufgebraucht wären.

3. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung: Katastrophe für die Bevölkerung droht

Sowohl für die Wasserversorgung der Bevölkerung als auch für Entsorgung von Abwasser wird Strom benötigt. Essen kochen, Körperpflege, Wäsche waschen – alles würde unmöglich. Die Toilettenspülungen funktionierten nicht mehr, die Toiletten würden verstopft. Die Folgen: Prekäre hygienische Zustände, die unweigerlich Krankheiten nach sich ziehen würden. Außerdem: Während die Gefahr von Bränden steigt, schwinden die Möglichkeiten der Brandbekämpfung.

4. Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln: Schnell drohen ernsthafte Engpässe

Durch den Stromausfall wird das Kühlen verderblicher Lebensmittel ebenso unmöglich, wie die Verteilung von Nahrung und Getränken durch die Behörden zumindest erheblich erschwert würde. ...

Wenn aber vielen Menschen Hunger droht, werden sie versuchen, selbst Lebensmittel zu organisieren – mit schlimmen Folgen für die öffentliche Ordnung. Auch die Versorgung in der Massentierhaltung werde unmöglich. Unter den Bedingungen eines totalen Stromausfalls würden diese Tiere schon die ersten Stunden nicht überleben.

5. Gesundheitswesen: Ein Zusammenbruch der medizinischen Versorgung ist wahrscheinlich

Auch das Gesundheitswesen könne den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. ...

Schon nach 24 Stunden wäre die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens "erheblich beeinträchtigt", schreiben die Wissenschaftler. ...

"Dramatisch wirken sich die Engpässe bei Insulin, Blutprodukten und Dialyseflüssigkeiten aus", so der Bericht. Seine Schlussfolgerung: "Spätestens am Ende der ersten Woche wäre eine Katastrophe zu erwarten, das heißt, die gesundheitliche Schädigung beziehungsweise der Tod sehr vieler Menschen ... sowie eine nicht mehr zu bewältigende Problemlage". ...

Viele Vorschläge zur Milderung der katastrophalen Zustände

Der Bericht wurde 2011, also vor fünf Jahren, fertiggestellt. Er macht viele Vorschläge, um die Folgen eines solchen Stromausfalls abzumildern, die zweifellos auch für das neue Konzept der Bundesregierung zum Zivilschutz, das heute vom Kabinett verabschiedet werden soll, Parteigestanden haben. Er macht aber auch klar: Eine Katastrophe mit den schlimmsten Folgen wäre kaum zu vermeiden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 2019 (x887/...): >>Steigende Gefahr eines Blackout

Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz

Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.

In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".

Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.

Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem so genannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.

Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand am Rande des Totalausfalls".

Etwas gelassener gab sich der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG. Dieser verneinte, daß Europas Stromnetz knapp vor einer Katastrophe gestanden habe. ...

Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber Entso-E ist routinemäßig nach dem Frequenzabfall im kontinentaleuropäischen Übertragungsnetz auf die Suche nach den Ursachen gegangen. ...

Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.

Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektromobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 28. Dezember 2019: >>**AKW im Ländle geht an Silvester vom Netz - wo jetzt der Ersatz-Strom herkommt**

Das Atomkraftwerk Philippsburg 2 in Baden-Württemberg geht an Silvester vom Netz. Damit fehlen 13 Prozent des Stroms im Ländle. Woher kommt nun Ersatz?

Der Betreiber EnBW nutzt die Frist bis zum letzten Tag. So wird der Reaktor Philippsburg 2 erst am Silvestertag gegen 19 Uhr vom Netz gehen. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Abschaltung des vorletzten noch arbeitenden Atomkraftwerks in Baden-Württemberg bis Mitternacht. ...

Der grüne Umweltminister Franz Untersteller beteuert, daß auch ohne den nun abzuschaltenden Meiler die Versorgung in seinem Bundesland sicher sei. Eine Herausforderung: Fällt jener Block 2 weg, fehlen über Nacht 13 Prozent des Stroms im Ländle. Der Ersatz gelinge "durch einen Maßnahmenmix aus Stromimport, Erzeugung durch erneuerbare Energien und Netzausbau."

"Sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit Kohlekraftwerke brauchen"

Doch woher importiert der Südwesten nun seinen Strom? ...

Daß nicht alles öko ist, was den fehlenden Atomstrom ersetzt, ist indes klar: "Wir sind überzeugt, daß wir noch eine gewisse Zeit auch Kohlekraftwerke und mittelfristig Gaskraftwerke brauchen, um zuverlässig jeden Tag 24 Stunden lang Elektrizität liefern zu können", erklärt Zimmer den "Stuttgarter Nachrichten" weiter. ...

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken

Insgesamt beurteile die Studie die Versorgungssituation optimistischer als Vorgängerstudien. Vor allem aus einem Grund: Insbesondere in Frankreich und in Polen würden Kern- und Kohlekraftwerke länger laufen als geplant.

Derzeit stammen rund 72 Prozent des französischen Stroms aus Kernkraftwerken. Zu den größten Importeuren gehört Deutschland. Und Frankreich setzt weiter auf Atomstrom, plant den Bau sechs neuer AKW.

Insgesamt exportiert Deutschland seit 2002 durchgehend jedes Jahr mehr Strom, als es aus dem Ausland bezieht. ...

Daß Deutschland weit mehr Strom produziert als es verbraucht, liegt daran, daß seit Jahren die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, alte Kohle- oder Kernkraftwerke aber nicht in demselben Maße stillgelegt werden. Das wird sich spätestens ab 2023 ändern, wenn alle Atommeiler vom Netz gehen. Weil gleichzeitig auch am Kohleausstieg gearbeitet wird, könnte Deutschland bald sogar zum Nettoimporteur werden. ...

Die Bundesregierung hatte den beschleunigten Atomausstieg nach der Erdbebenkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 beschlossen. Demnach sollen bis Ende 2022 alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sein. Vor einem Jahr wurde auch der Kohleausstieg fixiert, der 2038 abgeschlossen sein soll.

Und die Aufgaben, die Energiewende mit einer wirklich positiven Öko-Bilanz zu meistern, wird auch im Südwesten nicht geringer: Dort läuft nun nur noch Neckarwestheim 2 im Kreis

Heilbronn. Dieser Meiler geht Ende 2022 vom Netz.<<

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 7 in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke (Stand: 05/2019) ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 7 strategisch wichtige Grundlastkraftwerke und indirekte Energiespeicher (die praktisch rund um die Uhr laufen) mit einer Nettoleistung von 9.515 Megawatt fehlen.

Im Januar 2019 schlug die sogenannte "Kohlekommission" vor, bis 2022 Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens 12.500 Megawatt vom Netz zu nehmen.

Die Netzbetreiber gehen bei ihren Planungen davon aus, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund 83.000 Megawatt in Deutschland zur Verfügung stehen müssen (etwa so viel wie heute), um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können.

Diese Reserve besteht nach dem Kernenergie-Ausstieg größtenteils aus den konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerken. Infolge der Rettung des Weltklimas sollen bis spätestens 2038 jedoch alle 148 konventionellen Braun- und Steinkohlekraftwerke abgeschaltet werden, so daß danach fast keine Reservekraftwerke mehr vorhanden sind.

Die konventionelle Stromerzeugung besteht gegenwärtig aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast und aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern. Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und der Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Die unregelmäßige Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenstrom verursacht fast täglich schwierige Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern mit kostenintensiven Maßnahmen geregelt werden müssen, um Netzzusammenbrüche zu vermeiden.

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen liquidieren letzten Endes die bis dahin vorbildliche deutsche Energieerzeugung, denn die gegenwärtigen Pläne der ideologischen Energiewende setzen langfristig nur noch auf die Nutzung von Gaskraftwerken und regenerativen Energien.

Die Energiewende zerstört damit die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grundlast-Stromerzeugung wird plötzlich allein den Gaskraftwerken auferlegt. Das ist eine dramatische Entwicklung für die Versorgungssicherheit der Wirtschaft und der Endverbraucher, denn nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- - und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Die erneuerbare Windenergie kann aufgrund von physikalischen Begrenzungen letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen. Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Allein ab 2023 müssen in Deutschland für rund 22.000 MW Kraftwerksleistung (Kernenergie = 9.515 MW und Kohle = 12.500 MW) Ersatzkapazitäten geschaffen werden. Das entspricht etwa 40 % der heute installierten Leistungen der Kern- und Kohlekraftwerke.

Da es nicht annähernd die dringend erforderlichen Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke etc.) zum Ausgleich von Netzschwankungen gibt - und auch in den nächsten Jahrzehnten nicht geben wird - werden gegenwärtig bereits verstärkt große Industrieunternehmen gezwungen, zeitweise Stromabschaltungen hinzunehmen, um die Gefahr von Netzzusammenbrüchen (Blackouts) zu verhindern.

Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen kann. Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (5G-Mobilfunk, Digitalisierung, Internet, Handy, etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich.

Längere flächendeckende Blackouts lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur wird zwangsläufig kollabieren. Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen unter anderem alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden. Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Bau von Kernkraftwerken der sogenannten "Generation IV"

Zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung sowie Klimaschutz (Reduzierung des weltweiten Temperaturanstiegs unter 1,5 Grad Celsius) sind ohne Kernkraftwerke der sogenannten "Generation IV", die im Betrieb keine CO₂-Emissionen verursachen, nicht zu realisieren.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige DFR in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die **hochradioaktiven Abfälle** (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) **sinnvoll entsorgt** und damit **endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Endlager**.

12. Warum inszenierte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den weltweiten Corona-Wahn?

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 31, berichtete im Februar 2020 (x355/46-49): >>>Seuchenpanik und WHO - die Weltregierung der "Gesundheit"

Von *Gerhard Wisniewski*

Januar 2020: Die Panik geht um. Ein neues Virus versetzt die Menschen in Angst und Schrecken: das Corona-Virus! Am 31. Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) über eine neue mysteriöse Lungenkrankheit mit einem unbekanntem Erreger informiert. Eine Woche später meldete die WHO, das Virus sei identifiziert. Es handele sich um ein sogenanntes Corona-Virus, wie es auch für Schnupfen, aber auch die

geheimnisvolle Seuche SARS verantwortlich sein soll. Am 11. Januar wurde der erste Todesfall gemeldet, am 13. Januar bestätigte die WHO den ersten Fall außerhalb Chinas. Am 20. Januar meldete China die erste Ansteckung zwischen Menschen, am 26. Januar zählten Chinas Behörden 56 Tote und knapp 2.000 Infizierte.

Wenig später, am 28. Januar, starben die Menschen schon wie die Fliegen - nun ja, vorausgesetzt in China gab es genau 106 Fliegen. So viele Tote wurden der Infektion mit dem neuartigen Virus bis dahin zugeschrieben.

Bei einer Einwohnerschaft von 1,4 Milliarden war das jedoch gar nichts. Auch die 4.500 Infizierten, die inzwischen angeblich gezählt wurden, repräsentierten nur ein Dreihunderttausendstel der chinesischen Bevölkerung - also ebenfalls nichts. Der Panikmache tat das jedoch keinen Abbruch. Auch in Deutschland wurde besorgt jeder einzelne, mit dem Virus infizierte China-Rückkehrer gezählt. Anfang Februar sollen es genau 11 gewesen sein. Bei 82 Millionen Einwohnern.

Dabei waren die Infizierten nicht einmal krank. ... Gleichwohl erklärte der Leiter der WHO-Notfallprogramme, Michael Ryan, am 30. Januar, nun müsse "die ganze Welt in Alarmbereitschaft sein". Am selben Tag rief die WHO eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Um dieselbe Zeit, da in China 4.500 Infizierte und einige hundert Tote beklagt wurden, lagen allein in Deutschland wahrscheinlich mehrere zehntausend Menschen mit einer veritablen Grippe auf der Nase. Die Grippewelle 2017/18 zum Beispiel "hat nach Schätzungen rund 25.100 Menschen in Deutschland das Leben gekostet". In der Grippesaison 2018/19 registrierte das Robert-Koch-Institut von Oktober bis Mitte Mai Insgesamt 182.000 "labordiagnostisch bestätigte Grippefälle", schrieb das Deutsche Ärzteblatt am 30. September 2019 (online).

Und wer sich eine Liste der ersten 24 bekannten Corona-Todesopfer anschaute, staunte nicht schlecht: Die größte Gruppe stellten die über 70- und 80-Jährigen, zwei waren bereits 89 Jahre alt. Also in einem Alter, in dem man auch eines natürlichen Todes sterben kann, mitunter sogar an einem Schnupfen oder einer Grippe. Nur drei "Corona-Opfer" waren unter 60.

Die eigentliche Krankheit heißt WHO

Die Frage lautet deshalb auch weniger: Wer oder was ist eigentlich das Coronavirus? Sondern: Wer oder was ist eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Während hinsichtlich der Herkunft des Coronavirus ein Gerücht das andere jagte (mutiert? Aus dem Labor?), kümmerte sich kein Mensch um das eigentliche Problem und um die eigentliche Krankheit: die WHO.

Seit Jahrzehnten ruft sie eine internationale Seuchenpanik nach der anderen aus, von der am Schluß kaum etwas anderes übrig bleibt als heiße Luft. Und natürlich Milliardenumsätze für die Pharmaindustrie. Denn selbstverständlich wird sofort nach einem passenden "Impfstoff" gesucht. Das gilt für die Vogelgrippe genauso wie für die Schweinegrippe oder SARS - und nun eben für das Coronavirus, das, wenn überhaupt, in der Regel einen Schnupfen verursacht.

Wer tot ist, ist immerhin nicht mehr krank

Die offizielle Lösung lautet wie gesagt "Impfung". Denn kaum bricht irgendwo angeblich eine neue "Seuche" aus, kommt wie das Amen in der Kirche der Ruf nach einer Immunisierung. Wobei sich niemand fragt, warum allein in Deutschland angesichts der weit verbreiteten Grippeimpfung pro Jahr eigentlich Hunderttausende an Influenza leiden und 25.000 Menschen daran sterben.

Egal: Jeweils am Höhepunkt der Panik läßt sich die Impfstoffforschung am besten an den Mann bringen. ...

Das Gremium, das bei jeder neuen Seuchenpanik die "Impfempfehlungen" der WHO herausgibt, heißt SAGE: Die "Strategische Beratergruppe von Immunisierungsexperten" (Strategic Advisory Group of Experts).

In dieser Gruppe sitzen WHO-Impfexperten einträchtig mit Vertretern der Pharmaindustrie zusammen und beratschlagen über weltweite Impfkampagnen wie zum Beispiel auch die gegen das Schweinegrippen-Phantom aus dem Jahr 2009. Zwar haben die Pharmavertreter, "um Interessenkonflikte zu vermeiden", nur Beobachterstatus, aber das ist reine Augenwischerei. Tatsache ist, daß die WHO ihre Impfempfehlungen unter den Augen der globalen Pharmaindustrie entwirft und niemand die möglichen Verflechtungen zwischen den SAGE-Mitgliedern und den bei den Sitzungen vertretenen Pharmakonzernen durchschauen kann.

Niemand kann beispielsweise SAGE-Mitglieder daran hindern, direkt oder indirekt Aktien jener Hersteller zu besitzen, deren Impfstoffe und Grippemittel sie der gesamten Menschheit aufs Auge bzw. in den Arm drücken wollen. ...

Impfstoffe für alle!

... "Da die Verbreitung des pandemischen Virus als unaufhaltsam angesehen wird, werden Impfstoffe für alle Länder gebraucht." Für alle Länder - wow!

Das heißt im Fall der WHO wirklich alle - nämlich alle 194 Staaten der Erde mit ihren damals 6,75 Milliarden Bewohnern! ...

Der größte Menschenversuch aller Zeiten?

Am selben Tag, dem 7. Juli 2009, beschloß das SAGE-Komitee der WHO eine "Impfempfehlung", die an Skrupellosigkeit nicht mehr zu überbieten war. Damit läutete die WHO den größten Menschenversuch aller Zeiten ein ...

1. Das Impfkomitee der WHO empfahl nicht ausreichend auf ihre Sicherheit getestete Impfstoffe für die Anwendung am Menschen.

2. Das Impfkomitee der WHO wollte die Reaktionen der Menschen auf diese Impfstoffe nach deren massenhafter Verabreichung auswerten.

So zum Beispiel auch in Schweden und Finnland. In beiden Ländern hatte man im Zuge der Pandemie-Panik von 2009 auf Massenimpfungen gesetzt. Kurz danach litten 168 Schweden und 121 Finnen, meistens Kinder, an der Schlafkrankheit Narkolepsie. Das Leben von Kindern - zerstört durch die Pharmaindustrie? ...

Wer nun bei den Verantwortlichen auf Reue oder Einsicht gehofft hatte, war allerdings schief gewickelt: "Alle Arzneimittel haben Nebenwirkungen, und bei der Schweinegrippe hätten sie nur wenige getroffen", zitierte "Die Presse" Anders Tegnell von Schwedens Sozialbehörde, die für die Durchführung der Massenimpfungen verantwortlich gewesen war. "Es gebe also keinen Grund zur Angst, es wäre eine 'Katastrophe', wenn nun eine generelle Skepsis gegenüber Impfungen ausbräche." Und zwar eine Katastrophe für die Pharmaindustrie.

In Wirklichkeit war schon die sogenannte Schweinegrippe ein Lehrstück über die kriminelle Zusammenarbeit von WHO, Politik, Pharmaindustrie und Medizin. Was bei der Schweinegrippe aufflog, war wohl nur die Spitze des Eisbergs und dürfte auch auf anderen Gebieten funktionieren.

Eine Seuchenpanik dieser Art ist allerdings vielseitig einsetzbar, der Gewinn der Pharmakonzerne ist nur ein Aspekt einer multifunktionalen Operation: Mit einem (WHO-) Gesundheitsnotstand können Staaten bzw. die UNO ihre Macht ausbauen und in die Rechte der vermeintlich betroffenen Menschen eingreifen.

Die Quarantäne über der chinesischen Stadt Wuhan stellt wohl den bisherigen Höhepunkt der Eingriffe in die Freiheitsrechte im Namen der Gesundheit dar. Mit dem Vorwand einer gefährlichen Pandemie lassen sich totalitäre Maßnahmen nun mal einfacher rechtfertigen.

Rockefeller und WHO

Das also sind die Machenschaften der sogenannten "Weltgesundheitsorganisation" WHO: Marketing für die Pharma- und Impfstoffindustrie.

Dabei ist das nicht etwa neu. In Wirklichkeit sind die Kampagnen erprobt und altbewährt. Die WHO macht ihre Geschäfte seit über 100 Jahren. Damals hieß die WHO aber noch nicht

WHO, sondern "Rockefeller Sanitary Commission" (1909 bis 1915), International Health Commission (1913-1916) oder auch International Health Division (IHD; 1916-1927). "Nach der Gründung der WHO im Jahr 1948 wurde das IHD aufgelöst. Es war jedoch jahrzehntelang indirekt präsent: Sowohl der Nachkriegsdirektor des WHO-Büros für Amerika als auch der langjährige zweite WHO-Generaldirektor waren führende IHD-Männer in Brasilien gewesen", so die medizinische Fachzeitschrift The Lancet (online, 11.5.2013).

1948 wurde schließlich die Weltgesundheitsorganisation, "die als Nachfolger der IHD gilt, gegründet, und die IHD ging 1951 in der größeren Rockefeller-Stiftung auf und stellte ihre Arbeit in Übersee ein" (Wikipedia US). "Die Rockefeller Foundation (RF), das beispiellose Schwergewicht der Gesundheitsphilanthropie des 20. Jahrhunderts, prägte die WHO zutiefst und unterhielt lange und komplexe Beziehungen zu ihr, auch wenn sich beide Institutionen im Laufe der Zeit veränderten", schrieb 2014 auch das Fachmagazin Public Health.

Ein Lieblingsprojekt der Rockefellers

Kurz: "Die Vereinten Nationen waren schon immer ein Lieblingsprojekt der Familie Rockefeller. Sie stiftete das Grundstück, auf dem jetzt das UN-Gebäude steht. Es ist anzunehmen, daß sie die Vereinten Nationen als den vollkommensten Mechanismus zur Durchsetzung globaler Monopolmacht sieht, eine Rolle, für die sie aufgrund ihrer Struktur geradezu prädestiniert sind", schrieb Edward Griffin in seinem Buch "Eine Welt ohne Krebs".

Mit anderen Worten: Das Rockefeller-Erbe bestimmt das Schicksal der Menschheit bis auf den heutigen Tag. Heute lassen sich mit Seuchenpanik Milliarden verdienen sowie die Umsätze von Arzneimittelherstellern und Aktienkurse pushen. Die "Schul-Medizin" und die Pharma-Lobby führen seit einem Jahrhundert weltweit einen menschenverachtenden Krieg um und gegen jeden Patienten.

Ziel dieses Krieges ist es, jeden Menschen zu einem chronisch kranken Menschen zu machen, der nie wieder gesund werden soll und möglichst lange mit den "zugelassenen" Medikamenten, patentierten Apparaten und monopolisierten Methoden der Pharma-Industrie profitbringend "behandelt" werden kann.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. März 2020: >>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 29. April 2020: >>**Trotz Corona: Weniger Tote in NRW als im Vorjahr**

Schlechte Nachrichten für alle Corona-Hysteriker: Die Gesamtsterblichkeitsrate in Deutschland scheint sich seit Ausbruch der Pandemie nicht erhöht zu haben. Nach vorläufigen Daten aus dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen starben im März 2020 an

Rhein und Ruhr insgesamt sogar weniger (!) Menschen als im März des Vorjahres. "Hinweise auf eine durch die Covid-19-Pandemie erhöhte Sterblichkeit sind aus diesen Daten für März 2020 nicht abzulesen", heißt es in einer Mitteilung der statistischen Landesbehörde in Düsseldorf. Für den März 2020 registrierte NRW demnach rund 18.800 Todesfälle. Das waren 300 weniger als im März 2019 (19.100 Tote).<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Mai 2020: >>Shutdown-Irrsinn so teuer wie die Wiedervereinigung: Zahlen, bis Ihr schwarz werdet!

Ein Corona-Schutzschirm nach dem anderen wird aufgespannt. Es dürfte für die Steuerzahler ein böses Erwachen geben: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt, wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

Irgendwoher, wenn nicht aus der Notenpresse, muß das Helikopter-Geld ja mal kommen, das der Staat jetzt in der Corona-Krise abwirft, um die Wirtschaft nicht gänzlich vor die Hunde gehen zu lassen. Noch stets hat sich bestätigt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen!

So viel steht schon jetzt fest: Unter den Folgen des Shutdown-Irrsinns werden noch ganze Generationen von Steuerzahlern zu ächzen haben.

Die jetzt Verantwortlichen sind dann längst aus dem Staub oder zu Staub geworden - allen voran die dann Nicht-mehr-Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die mit ihrer Politik des Abwürgens am liebsten noch ein paar Monate weitermachen würde, bis ihr sozialistischer Auftrag, die deutsche Wirtschaft zu "BRD-igen" erfüllt ist.

Wie lange kann sich Deutschland das alles noch leisten?

Die ernüchternde vorläufige Bilanz des Shutdown-Irrsinns: 2,64 Millionen Arbeitslose, 308.000 mehr binnen vier Wochen! Dazu rund 10 Millionen Deutsche in Kurzarbeit - Allzeitrekord! Mit den aktuellen Zahlen vom Arbeitsmarkt wurden selbst die pessimistischsten Prognosen der Volkswirte weit übertroffen. "Die Corona-Krise dürfte in Deutschland zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit führen", sagt der Vorstandsvorsitzende der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele.

Weil die deutsche Industrie die Kontaktsperren in der Corona-Krise mit Milliarden-Verlusten bezahlt, fordert Industriepäsident Dieter Kempf einen politischen Plan für rasche weitere Lockerungen bis spätestens bis 6. Mai. "Jede Woche eines Shutdowns kostet die deutsche Volkswirtschaft einen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag an Wertschöpfung", sagte Kempf der "Funke Mediengruppe". Ein derartiger Einschnitt erzeuge "massive Wohlstandsverluste und dauerhaften Schaden in Wirtschaft und Gesellschaft".

Scholz läßt schon fleißig rechnen

Rund 1,8 Billionen Euro, fast so viel, wie die Wiedervereinigung gekostet hat, macht der Staat aktuell an direkten und indirekten Corona-Hilfen (z. B. Kreditbürgschaften) locker. Am Ende dürfte eine noch weitaus höhere Summe stehen.

Heimlich still und leise läßt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) seine Fachbeamten bereits massive Steuererhöhungen zur Finanzierung der staatlichen Milliardenprogramme durchrechnen. Im Gespräch sind nach Informationen des Deutschland-Kuriers u. a.:

- die Wiedereinführung des Soli in voller Höhe zuzüglich eines Corona-Sondersoli für sogenannte Besserverdiener;
- eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- eine "Reichensteuer" in Form einer Vermögensabgabe;
- Sonderzuschläge auf andere Konsumsteuern wie Benzin, Tabak und Alkohol (Branntweinsteuer).

Wie sagte die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher (1925-2013) einmal so treffend: "There is no such thing as public money - there is only taxpayers' money!" So etwas wie öffentliches Geld gibt es nicht - es gibt nur das Geld des Steuerzahlers: Nie war dieser

Satz so wahr wie heute zu Corona-Zeiten! (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Mai 2020: >>**Mit Vollgas in die Schuldenunion: Merkel und Macron beschließen weiteres Milliarden-Programm**

Deutschland und Frankreich wollen über die Köpfe der anderen EU-Partner hinweg ein gemeinsames europäisches Corona-Programm im Umfang von 500 Milliarden Euro zur Stützung vor allem südeuropäischer Länder durchsetzen - zusätzlich zu den bereits angekündigten Milliarden-Programmen von EZB und EU. Das gaben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gestern auf einer gemeinsamen Videokonferenz bekannt.

Neu ist: Zur Finanzierung sollen die Mitgliedstaaten erstmals gemeinsame Schulden über die EU-Kommission aufnehmen und füreinander haften - der letzte Schritt auf dem Weg in die Schuldenunion! Die deutschen Steuerzahler müßten entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt mit rund 135 Milliarden Euro bürgen.

Die 500 Milliarden Euro sollen unmittelbar und nicht rückzahlbar (!) an die wirtschaftlich am stärksten von der Corona-Krise betroffenen Länder fließen, also vor allem an Italien und Griechenland. Das Geld soll sich die EU-Kommission an den Finanzmärkten leihen und in den kommenden Jahren über den EU-Haushalt tilgen.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Alle Mitgliedstaaten, also auch Österreich, Polen und Ungarn, müssen zustimmen.<<

Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtete im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>**Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"**

Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.

In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten. Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbsterstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe. ...

Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?

"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."

Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. (Tilman Knechtel)<<

Nach der Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise und der Klimakrise brach Ende 2019 in China die sog. "Corona-Krise" aus. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief danach am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus.

Infolge der Ausrufung des weltweiten Corona-Pandemie-Notstands wurde sehr schnell fast die gesamte Weltwirtschaft lahmgelegt. Viele Regierungen nutzten die systematische Erzeugung von Angst gewissenlos als Herrschaftsinstrument. Sie hoben sofort die verfassungsmäßigen Grundrechte ihrer Bürger auf und weiteten gleichzeitig ihre eigene Macht kurzerhand enorm

aus. Die staatlichen Destabilisierungsmaßnahmen führten sehr schnell in allen Ländern zur Instabilität der sozialen und wirtschaftlichen Lage.

In Deutschland setzten die "Corona-Notverordnungen" seit März 2020 wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft, wie z.B. Bewegungsfreiheit, freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und weitere persönliche Freiheiten. Im Rahmen des Gesundheitsnotstands wurden wegen der vermeintlich gefährlichen "Corona-Pandemie" spezielle private Unternehmen, Geschäfte und öffentliche Institutionen vorübergehend geschlossen sowie Versammlungsverbote, Ausgangssperren, Maskenpflicht und weitere "Schutzmaßnahmen" verhängt.

Die politisch inszenierte weltweite Corona-Pandemie bestätigt derzeit, daß die Politik und die Propagandamedien die deutsche Bevölkerung vollständig im Griff haben. Eigentlich geht es zunächst vor allem darum, die angestrebte nationale und internationale Neuverschuldung durchzusetzen sowie zu testen, welche Maßnahmen man den Menschen im Rahmen der geplanten Neuen Weltordnung zumuten kann.

Die hinterlistige Corona-Politik und die unfaßbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land wahrscheinlich in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen. Tausende von Unternehmen stehen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Hauseigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm.

13. Wieso handelt es sich bei der angeblichen repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland eigentlich nur um eine Parteiendiktatur?

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig eigentlich keine mittelbare, repräsentative Demokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln, sondern es etablierte sich eine Art Parteienherrschaft (Scheindemokratie bzw. Parteiendiktatur), in der die gewählten Parteien das Denken und Handeln für das Volk übernahmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen (Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc.) abstimmen.

Judikative, Exekutive und Legislative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor.

Die etablierten deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und wählen außerdem die höchsten Vertreter der Judikative. Sie beeinträchtigen damit indirekt die richterliche Unabhängigkeit bzw. die gesamte Justiz. Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (Rechtsprechung) existiert demnach nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die gewählten Regierungsparteien ausgeübt wird.

Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um das demokratische Gleichgewicht zu gewährleisten, wird zwangsläufig die Macht mißbrauchen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind leider schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich heimlich eine spezielle Klasse von

fremdbestimmten Berufspolitikern. Diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen, der Durchsetzung von NWO-Zielen (Abschaffung des deutschen Nationalstaates, Umvolkung usw.) sowie um die verdeckte Unterstützung von Wirtschaftsinteressen.

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbyverbänden bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Obleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik vor allem dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geschickt agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer (von 1998-2005 Außenminister): >>**Mündige Bürger als Risiko**

Parteiherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf

Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD), der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei.

"Allein die Möglichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.

Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>**Fassade "Demokratie"**

"Wählen bedeutet die Illusion des Einflusses im Austausch gegen den Verlust der Freiheit."

Frank Karsten/Karel Beckmann: *Wenn die Demokratie zusammenbricht.*

Die heutige Form der Demokratie wird weithin als die beste aller möglichen Gesellschaftssysteme, als Höhepunkt der politischen Entwicklung der Menschheit, wenn nicht gar als endgültige Entwicklungsform menschlichen Zusammenlebens gepriesen. Freiheit, gleiche Teilhabe und Mitbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit, sowie materieller Wohlstand werde durch die moderne Form der parlamentarischen Demokratie garantiert. In ihr entscheide nicht mehr ein Einzelner oder eine privilegierte Schicht diktatorisch über das Volk, sondern dieses bestimme seine Geschicke selbst.

Kratzen wir an dieser Fassade, so kommt vielfach etwas ganz anderes zum Vorschein. Auch in der heutigen Demokratie wird das Leben der Menschen weitgehend von außen durch Gesetze reglementiert, die von einer privilegierten Politikerkaste beschlossen werden, nur daß diese ihre Stellung nicht der Geburt, sondern den Wahlen des Volkes verdankt. Mit der Wahl aber, die stets als großes demokratisches Ritual gefeiert wird, beschränkt sich die Mitwirkung des Bürgers an der politischen Willensbildung darauf, seine Stimme im doppelten Wortsinn abzugeben und anschließend ohnmächtig zu verfolgen, was die Parteien und Politiker daraus machen.

Fast alle gesellschaftlichen Themen werden, mit zunehmender Tendenz, zu kollektiven Pro-

blemen gemacht und per Gesetz zentral organisiert. Von Freiheit und Selbstbestimmung kann da keine Rede sein. Das ist prinzipiell ebenso eine Fremdbestimmung des Menschen wie in einer vormundschaftlichen Diktatur, nur daß in der "Demokratie" die Menschen ihre Vormünder alle paar Jahre unter mehreren Bewerbern selbst auswählen dürfen.

Der Name "Volksherrschaft" täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist. Nicht der Wille des Volkes, sondern der Wille weniger, die vorgeben, das Volk zu vertreten, hat das Sagen. So rief ein holländischer Komiker einmal aus: "Demokratie ist der Wille des Volkes. Jeden Morgen lese ich überrascht in der Zeitung, was ich will."

Wir haben in Wahrheit eine Oligarchie, in der "die herrschenden Gesetze die Gesetze der Herrschenden" (B. Brecht) sind. Es herrscht in den Gesetzen vielfach nicht das von allen als gerecht empfundene Recht, sondern im Kostüm des Rechts herrschen die Interessen der Wenigen.

Demokratie ist unbedingt notwendig. Nur ist das, was heute so genannt wird, keine wahre Demokratie. Es wird das Wort eines positiven Begriffes benutzt, hinter dessen Fassade sich etwas ganz anderes abspielt. Und durch die permanente phrasenhafte Preisung des Wortes wird das Bewußtsein der Menschen eingekullt, so daß sie schließlich glauben, was ihnen vorgegaukelt wird.

Der geistigen und gesellschaftlichen Geschichte der europäischen Völker liegt als innere, gegen alle Widerstände gärende und treibende Kraft die vorwärts drängende Entwicklung des Menschen zur freien, sich selbst bestimmenden Individualität zugrunde. Auch die Demokratie-Bewegung ist letztlich daraus hervorgegangen.

Das wachsende Bewußtsein, daß nicht nur wenige, sondern jeder Mensch die Wahrheit erkennen und aus eigener Einsicht sein Leben selbst bestimmen kann, ließ die Herrschaft eines privilegierten Adels unerträglich werden. Der Mensch will nicht mehr Gesetzen unterworfen sein, die ihm von oben diktiert werden, sondern seine Lebensverhältnisse selbst gestalten und an dem, was notwendig gesetzlich geregelt werden muß, als Gleicher unter Gleichen mitwirken.

Da stellt sich zuerst die für eine freiheitliche Demokratie wesentliche Frage, die zumeist übergangen wird, welche Gesetze in einer Gemeinschaft überhaupt notwendig sind. Denn ein Gesetz, mag es inhaltlich noch so gut oder gut gemeint sein, schließt immer das freie Handeln des Menschen aus und unterwirft es einem äußeren Zwang.

Wenn Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichheit vor dem Gesetz und Sozialverhalten die Ideale des demokratischen Staates sind, dann kann dessen Sinn und Aufgabe nur darin bestehen, durch die Verfassung, das Zivil-, Straf- und sonstige Ordnungsrecht den schützenden Rahmen dafür zu bilden, daß seine Bürger im Sinne dieser die Demokratie in ihrem Fundament begründenden Menschenrechte ihr Leben selber bestimmen und gestalten und darin ihre Persönlichkeit frei entfalten können. Die staatliche Ordnung ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Entwicklung des Menschen zur freien Individualität zu dienen.

Gesetze dürfen danach nicht die inhaltliche Regelung der wirtschaftlichen und kulturell-geistigen Tätigkeit der Bürger, ihr physisches und moralisches Wohl, zum Ziele haben. Denn dann setzt sich der Staat an die Stelle der Handlungsintentionen des freien Menschen, schaltet mit der Selbstbestimmung seine Freiheit aus und verletzt ihn in seiner Würde als autonomes Wesen.

Der Mensch wird dann nicht als mündiges Subjekt, sondern als Objekt des Willens anderer behandelt und erniedrigt. Es wird automatisch ein demokratiewidriges Über- und Unterordnungsverhältnis begründet, dem die Menschen passiv ausgesetzt sind.

Der Staat tritt als Vormund auf, der unausgesprochen voraussetzt, daß die Menschen unmündig seien, denen von den wenigen Mündigen im Staate, von "denen da oben", wie die hilflosen Bürger noch immer bezeichnenderweise sagen, vorgeschrieben werden müsse, was das

Richtige und Beste für sie sei. Es ist noch eine unbewußt so tief sitzende obrigkeitsstaatliche Gewohnheit und Tradition, daß man gar nicht mehr die darin liegende Arroganz und Überheblichkeit empfindet. Sie wird nur durch das suggestiv-mediale Ritual der Parlaments-Wahlen verdeckt, das für den Wähler die Illusion des Einflusses erzeugt, in Wahrheit aber die Abgabe seiner Freiheit bedeutet.

Dem demokratischen Staat darf es nur um den Schutz des vom Bürger selbst zu besorgenden Wohles vor Gefährdungen, also um die Sicherung des äußeren und inneren Friedens gehen. Hier handelt es sich um Aufgaben, die nicht vom Einzelnen, sondern nur im Zusammenschluß aller und durch gemeinsam vereinbarte Regeln gelöst werden können.

Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Das Strafrecht sorgt für die Sicherheit vor sozial zerstörerischen Handlungen, die gegen Leib und Leben gerichtet sind. Das bürgerliche Recht faßt die Beziehungen der Menschen, wie sie sich im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben ergeben, in Regeln, die dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen. Im Verfahrensrecht ist die Selbstjustiz des einzelnen unterbunden und die Verfolgung seines Rechtes zur Sorge der Gemeinschaft gemacht, die hier nicht eigene Interessen, sondern diejenigen des Recht suchenden Bürgers vertritt.

Nur in diesem auf allgemeine Regeln reduzierten Rechtsleben des Staates, in dem jeder mündige Mensch urteilsfähig ist, kann es eine parlamentarische Abstimmung geben. In inhaltlichen Fragen des Wirtschafts- und des geistig-kulturellen Lebens ist sowieso nur der jeweilige Fachmann urteilsfähig. Das wegen der Größe eines Staatsgebietes notwendige repräsentative System müßte aber für grundsätzliche Rechtsfragen noch durch Volksabstimmungen ergänzt werden. ...

Der Staat hat nur den rechtlichen Rahmen zu setzen, der Privilegien und Monopole verhindert, die zu Unterdrückung und Ausbeutung führen. Er hat aber nicht über Parlamente und Wirtschafts- oder Kultusministerien irgendeinen dirigierenden Einfluß auszuüben. ...

Die Anmaßung des Staates, bzw. der ihn lenkenden Kreise, alle Lebensgebiete des Menschen inhaltlich zu reglementieren, hat dazu geführt, daß sich am Flaschenhals des Parlamentes, durch den alle Regelungen hindurchmüssen, ein riesiger Schwarm von Interessengruppen, die Lobbyisten, festgesetzt hat, um Einfluß darauf zu nehmen. Die größten Interessengruppen sind die politischen Parteien, die sogar das Parlament okkupiert haben. Sie stellen ausschließlich die "Volksvertreter", die aber in Wahrheit die Interessen ihrer Partei vertreten, der sie verantwortlich sind. Sie unterliegen der Partei-Disziplin zur Geschlossenheit in den Abstimmungen, dem "Fraktionszwang", der schon für sich die grundgesetzlich garantierte Unabhängigkeit des Abgeordneten aushebelt.

Eine direkte Verbindung zum Volk ist dadurch nicht vorhanden. Es gibt nur eine begrenzte Personenwahl, die von den Parteien vorgegeben wird, und eine Gruppenwahl, die ebenfalls über die Landeslisten der Parteien erfolgt. 40 % der Abgeordneten kommen schon über einen sicheren Listenplatz der Parteien in das Parlament. Sie stehen also schon vor der Wahl fest, werden gar nicht von den Bürgern, sondern praktisch von den Parteien bestimmt, in denen nur 2,4 % des Volkes organisiert sind.

Die Hoheit der Gesetzgebung liegt de facto nicht beim Abgeordneten, sondern bei seiner Partei. Gesetzgeber ist de facto nicht das Parlament, sondern die Regierungspartei oder die Koalitionsrunde der Regierungsparteien. Es wird das Parlament nur formal als Forum benutzt. Die tatsächlichen Entscheidungen werden vorher in der Partei gefällt, in der Legislative und Exekutive eins sind, die Gewaltenteilung also aufgehoben ist.

Diese scheindemokratischen Strukturen geben nun die Möglichkeit ab, daß Hintergrundkreise diese Oligarchie als Instrument benutzen und für ihre Interessen und Ziele einspannen können, so daß die Politiker vielfach nur ihre Marionetten sind. Daß zu diesen Hintergrundkreisen die

Finanzindustrie gehört, ist für jedermann mehr als offensichtlich geworden.

Die Vorgänge in der "Eurorettung" offenbaren ja jedem, wessen Interessen hier bedient werden. Astronomische Summen, den Steuerzahlern des einen Volkes geraubt, werden in scheinbarer Solidarität den überschuldeten anderen Völkern gegeben, fließen aber in Wahrheit den internationalen Banken zu, um deren Forderungen zu begleichen. Zusätzlich werden noch Schulden der Banken direkt getilgt.

Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Sowie dem Staat die angemäßen inhaltlichen Regelungen in der Wirtschaft, einschließlich des Geldwesens, und in der Kultur entzogen würden, hätten die Interessengruppen bei Parlament und Regierung keine Ansatzpunkte mehr, und auch die politischen Parteien würden verschwinden. Damit entfielen zugleich für die Hintergrundkreise die Möglichkeit, über politische Marionetten die Gesellschaft in ihrem Sinne zu lenken und zu prägen.

Für Volksabstimmungen und natürlich noch notwendige Parlamente der Volksvertreter bliebe nur die Kompetenz der oben skizzierten Rechtssetzung im eigentlichen Sinne, bei der es nicht um inhaltliche Teil- oder Gruppeninteressen, sondern um den rechtlichen Rahmen geht, in dem jeder Mündige urteilsfähig ist.

Das bedeutet, daß sowohl das Wirtschaftsleben als auch das geistig-kulturelle Leben ihre jeweils eigenen Verwaltungen bräuchten, in denen horizontal in kooperierenden Körperschaften die notwendigen koordinierenden, aufeinander abstimmenen vertraglichen Vereinbarungen getroffen werden. So daß sich eine Dreigliederung des gesellschaftlichen Lebens in das Rechts-, Wirtschafts- und Kulturleben ergäbe, die durch eigene Verwaltungen eine relative Unabhängigkeit voneinander hätten, sich aber funktional wie in einem Organismus durchdringen würden. ...

Es kommt alles darauf an, die jetzige "demokratische" Diktatur endlich im Sinne des sich selbst bestimmenden freien Menschen zu verändern, wenn sich die Katastrophen nicht fortsetzen sollen.<<

[Herbert Ludwig berichtete am 18. November 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politischen Parteien \(x935/...\): >>Das Verhängnis der politischen Parteien](http://HerbertLudwig.wordpress.com)

... Wesen der Partei

Das Wort "Partei" kommt von lateinisch "pars", was der Teil bedeutet. Parteien vertreten weltanschauliche und konkret politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die

sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Ganze, sondern Einseitigkeit und Egoismus eines Teiles im Auge haben.

So prallen mit den Parteien verschiedene Gruppenegoismen im Kampf um die Macht über die Gesetzgebung aufeinander. Und wer durch die Wahl die Mehrheit der Stimmen im Parlament erhalten hat, kann dem Ganzen des Volkes Gesetze aufzwingen, die den Interessen eines Teiles, einer Gruppe, dienen, was zwangsläufig die Vernachlässigung und Unterdrückung der Interessen der Anderen bedeutet.

Das hat mit einem nach Gerechtigkeit geordneten Gemeinwesen nichts zu tun. Der Staat als die rechtliche Verfaßtheit aller muß für die Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller sorgen. Dies wird durch Parteien, die das Gesetzgebungsverfahren in den Händen haben und von denen die quantitativ stärkste die Gesetze bestimmt, gerade verhindert. ...

Lobbyismus

Es gibt noch andere Interessengruppen, die nach der Vorhalle des Parlaments benannten Lobbyisten. Lobbyismus ist die persönliche argumentative Einflußnahme organisierter Interessengruppen auf die Legislative und Exekutive. Sie wollen, daß die eigenen Interessen nicht nur berücksichtigt werden, sondern möglichst bestimmend in die Gesetze eingehen und sie prägen. Im Jahr 2014 waren beim deutschen Bundestag offiziell 2.221 Interessen-Verbände und deren Vertreter registriert. ...

Keine Volksvertreter

Die von den Parteien gestellten Abgeordneten sind keine Volks-, sondern Parteivertreter, deren partikulare Interessen sie im Parlament wahrnehmen. Sie verschleiern das natürlich gerne, indem sie als "Volksvertreter" ausgegeben werden. Doch das geflügelte Wort "*Wer glaubt, daß Volksvertreter das Volk vertreten, der glaubt auch, daß Zitronenfalter Zitronen falten*" drückt schon in sarkastisch-bitterer Weise den wahren Sachverhalt aus.

Nach Art. 38 des Grundgesetzes sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zwar "*Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen*". Das ist aber, seitdem die Abgeordneten ausschließlich von den Parteien gestellt werden, eine Fiktion, die sie zur Täuschung und Vernebelung der Wähler vor sich hertragen.

Die Interessen der Partei, die die parteiischen Abgeordneten zu vertreten haben, sind, wie wir alle wissen, mit den Interessen des ganzen Volkes nicht identisch. Die SPD vertritt heute noch nicht einmal die tief berechtigten Interessen ihrer eigenen ursprünglichen Klientel, der Arbeiterschaft, sondern weitgehend die der Unternehmer.

Weicht ein Abgeordneter von der ausgegebenen Linie der Partei- oder Fraktionsspitze ab, verschlechtert sich rapide das persönliche Klima zu ihm. Er wird gemieden, verliert bei nächster Gelegenheit seinen Sitz in einem Ausschuß und muß bei fortgesetztem grundgesetzkonformem Verhalten damit rechnen, bei der nächsten Wahl von der allmächtigen Partei nicht mehr als Kandidat aufgestellt zu werden.

Demokratiefeindlichkeit

Die Partei und ihre Fraktion im Parlament sind hierarchisch aufgebaute Organisationen, die ihre Mitglieder zur Durchsetzung von gemeinsamen Interessen zusammenbinden. Dies kann ja auch nur bei geschlossenem Vorgehen erreicht werden. Der Einzelne ist an die durch Mehrheitsbeschluß oder Vorstands-Vorgaben verordneten Parteirichtlinien gebunden. Seine eigenen Einsichten, Erkenntnisse und Motive spielen demgegenüber keine Rolle mehr.

Er unterliegt dem Gruppenzwang, der ihn als freie Individualität, auf der doch die Demokratie beruhen soll, ausschaltet und zum gehorsamen "Parteisoldaten" degradiert. Das wird nicht dadurch anders, daß er seine parteiinternen Vormünder wählen kann. Der Mensch, durch Erkenntnis und Selbstbestimmung über das Tier erhoben, wird im "Hohen Hause", wie der

Volksmund treffend sagt: zum "Stimmvieh".

Von daher liegt die Gesetzgebung de facto nicht bei den Abgeordneten, sondern bei ihrer Partei. Gesetzgeber ist im Grunde nicht das Parlament, sondern die Mehrheits-Partei oder Koalitionsrunde, wo die Gesetzesvorhaben beschlossen werden. Das Parlament stellt nur noch formal das Forum dar, auf dem der Gesetzgebungsprozeß als leeres Theaterstück für das Volk abläuft. Da zudem Parlamentsmehrheit und Regierung von derselben Partei gestellt werden, ist die Gewaltenteilung von Legislative und Exekutive praktisch aufgehoben.

Auch die Judikative ist von Parteimitgliedern durchsetzt und ihre Unabhängigkeit durchlöchert, was sich besonders gravierend beim Bundesverfassungsgericht, dem Hüter und maßgebenden Ausleger des Grundgesetzes auswirkt. Die 16 Richter werden je zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählt, also von Vertretern der Landesregierungen, die natürlich Parteien angehören, und von Parlamentariern, die Vertreter von Parteien sind. Die Parteien bestimmen also nach dem Proporz die Richter, die natürlich einer Partei angehören oder ihr besonders nahe stehen. ...

Die Parteien durchsetzen also alle Bereiche der Macht des Staates und heben die Gewaltenteilung auf, da die Amtsträger überall Mitglieder oder Sympathisanten derselben Partei sind, die daher praktisch alle Gewalt in ihrer Hand hält. Die Parteien sind grundsätzlich demokratiefeindlich. ...

Die Interessen hinter den Interessen

Die den Staat und seine Organe beherrschende scheindemokratische Parteien-Oligarchie gibt die Möglichkeit ab, daß noch ganz andere Interessen sich ihrer bedienen, die nicht offiziell in der Lobby vertreten sind, aber aus dem Hintergrund den größten Einfluß entfalten. So ist für jeden offensichtlich, daß die Politiker aller Parteien heute weitgehend den Interessen der Finanzindustrie dienstbar sind, wie man z.B. an der schon Jahre andauernden Rettung der Banken auf Kosten der Steuerzahler, die als Rettung von Schuldnerländern ausgegeben wird, sehen kann.

Mit Ausnahme der Partei "Die Linke" haben alle Parteien stets mehrheitlich zugestimmt. Man kann nicht oft genug auf die treffende Feststellung des sonst zwielichtigen Coudenhove-Kalergis hinweisen:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Wenn die Omnipotenz der Gesetzgebung aufgelöst würde, fiel die Parteien-gestützte schein-demokratische Fassade in sich zusammen und mit ihr auch die Herrschaft der Plutokratie.

Noch stärker, aber durchaus im Bunde mit der Finanzindustrie, wirkt der übermächtige Bruder über dem großen Teich auf die Politiker der Parteien ein; auf die in der Regierung über die diplomatischen und geheimdienstlichen Kanäle, auf den Nachwuchs durch die "Young-Leader-Programme" und Schulungen in den zahlreichen transatlantischen Gesellschaften, in denen sie im Verein mit den Alpha-Journalisten der Medien auf die Außenpolitik der USA und die Militärpolitik der NATO eingeschworen werden. Doch die Einwirkung ist natürlich noch weit komplexer.

Erst dann, wenn die Parteien-Oligarchie in der angedeuteten Weise verschwände, bestünde die Möglichkeit, den bis dahin von Partei-Kollaborateuren gestützten Vasallenstatus Deutschlands allmählich abzuschütteln. ...<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/...): >>Der Parteien-Staat

Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier

Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert

von Jochen Mitschka

Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!

Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.

Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."

Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. ...

Die Justiz

Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.

Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.

Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.

Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.

So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:

"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht gesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.

... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehemals Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).

Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und

Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. ...

Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite gewaltenteilung.de einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.

Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.

Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.

Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.

Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Legislative

Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorge-schrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.

Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.

Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.

Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.

Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.

Hochschild schreibt in seinem Fazit:

"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.

Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."

Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.

"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten ...'

Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.

Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen' (NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).

Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.

Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".

... Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. ...

Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden.

Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.

"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".

... Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion

wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. ...

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteienkonsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.

Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.

Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.

Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.

Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.

Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. ... Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er ... Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<